

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Klimaschutz und
Energie

Ausschussdrucksache **20(25)422**

28. Juni 2023

Stellungnahme

Verband der Chemischen Industrie e.V.

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes“, BT-Drs. 20/7279, 20/7365 sowie zum Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu dem Gesetzentwurf auf Drs. 20/7279 - Ausschussdrucksache 20(25)420 -

Siehe Anlage

VCI-STELLUNGNAHME ZUM

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes (Drs. 20/7279, 20/7365)

Der Verband der chemischen Industrie e.V. (VCI) vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von über 1.700 deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen sowie deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. 2021 setzte die Branche circa 227 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 473.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im „Energiepreis-Vorkrisenjahr“ 2021 hat die chemische Industrie in Deutschland allein 102 TWh Erdgas verbraucht.

Die chemische Industrie ist daher von den geplanten Vorgaben in besonderem Maße betroffen und bedankt sich für die Einladung zur Sachverständigenanhörung.

● **Anforderungen an die grundlegende Nachnutzung von LNG-Terminals / Ammoniak**

[betrifft Artikel 1, § 5 Absatz 3]

„In Deutschland wird Ammoniak derzeit an vier Standorten und in insgesamt sechs Anlagen hergestellt.“¹ Es kann sowohl als Wasserstoffträger als auch als Ausgangsstoff für Düngemittel und als Grundstoff für eine Vielzahl Produkte und Anwendungen des täglichen Bedarfs zum Einsatz kommen. Beispielsweise als Rohstoff für die Herstellung technischer Entstickungsmittel für Heizkraftwerke und Müllverbrennungsanlagen, in der Weiterverarbeitung von Harnstoff für die Holzwerkstoff-/ Möbelindustrie oder als Ausgangsstoff für die Herstellung des für die Nutzung von Diesel-LKW und -PKW genutzten Entstickungsmittels „AdBlue“. Ammoniak bildet auch einen wichtigen Grundstoff zur Herstellung von Heilmitteln und Kosmetika, im Labor für analytische Zwecke, für medizinisches Glas und in Kältemaschinen. Ein Nebenprodukt der Ammoniakproduktion ist das für den Lebensmittelbereich notwendige CO₂. Zudem ist die Glasproduktion von Produkten der heimischen Ammoniakherstellung abhängig.

Im Jahr 2021 (Vorkrisenniveau) wurden in Deutschland ca. 2,4 Mio. tonnen Ammoniak hergestellt.²

Wegen seiner höheren Energiedichte und Speicherbarkeit bietet Ammoniak zwar Vorteile gegenüber einer direkten Wasserstoffverwendung. Das gilt besonders für den Transport und damit auch für den nicht-leitungsgebundenen Import. Angesichts des erheblich steigenden Bedarfs von Wasserstoff ist ein gewisses Maß an Import von Wasserstoffderivaten in Form von Ammoniak daher nachvollziehbar. Allerdings sind gemäß Anlage 1 des LNG-Beschleunigungsgesetzes derzeit drei stationäre Anlagen (Anlage nach § 2 Absatz 1 Nr. 2) mit einer Importkapazität von ca. 34 Mrd. m³ geplant – dies entspricht einer Importkapazität von ca. 37 Mio. tonnen Ammoniak und damit in etwa dem 15-fachen der in Deutschland hergestellten Menge.

¹ Agora Industrie (2022): „Klimaschutzverträge für die Industrietransformation: Kurzfristige Schritte auf dem Pfad zur Klimaneutralität der deutschen Grundstoffindustrie“. Seite 33-34.

² <https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/chiz-historisch/chemiewirtschaft-in-zahlen-2022.pdf>, Seite 18.

Vor dem Hintergrund dieser Mengen und der nur noch wenigen vorhandenen Anlagen gibt der VCI zu bedenken, dass mit dem Gesetzentwurf eine De-Industrialisierung der Grundstoffchemie in Deutschland (bewusst) in Kauf genommen zu werden scheint. Die Anforderungen aus dem Klimaschutzgesetz würden außerdem insoweit lediglich durch „Green Leakage“ erfüllt werden.

Zudem stellt der nichtleitungsgebundene Import von Ammoniak gegenüber der heimischen Produktion eine umwelt- und energiepolitisch ineffizientere Lösung dar, da sich der CO₂-Fußabdruck über Umwandlungsprozesse von Wasserstoff in Ammoniak und retour zu Wasserstoff bzw. die Logistik gegenüber der heimischen Produktion eklatant verschlechtert.

Auch mit Blick auf den angestrebten Wasserstoffhochlauf gibt der VCI zu bedenken, dass gerade „Ammoniakanlagen (...) ein idealer Anker für den Aufbau und systemdienlichen Betrieb erster Anlagen zur Wasserstoffelektrolyse“³ sind.

Nicht zuletzt teilt der VCI die Einschätzung nicht, dass bereits „kurzfristig die [...] in der bisherigen Fassung des LNG-Beschleunigungsgesetzes angelegten Nachnutzung der LNG-Anlagen für klimaneutralen Wasserstoff oder Derivate operationalisierbar und behördlich prüfbar werden“ müssen, um „Stranded Investments“ zu vermeiden. Insoweit stehen diese (Stranded Investments) nämlich im Zielkonflikt mit dem Erhalt bzw. De-Industrialisierung der Bestandsanlagen. So wird einerseits nachvollziehbarerweise die Transformation der Bestandsanlagen in Deutschland gefordert bzw. soll diese mit Klimaschutzverträgen gefördert werden, während andererseits mit diesem Gesetzentwurf eben jene Ziele konterkariert werden.

Der VCI schlägt daher die ersatzlose Streichung von § 5 Absatz 3 vor. Zur Sicherung von Lieferketten bedarf es außerdem zwingend einer Industriestrategie zur Sicherung der inländischen Grundstoffproduktion.⁴

Verband der Chemischen Industrie e.V. – VCI

Mainzer Landstraße 55 | Neustädtische Kirchstraße 8
60329 Frankfurt | 10117 Berlin

www.vci.de | www.ihre-chemie.de | www.chemiehoch3.de

[LinkedIn](#) | [Twitter](#) | [YouTube](#) | [Instagram](#)

[Datenschutzhinweis](#) | [Compliance-Leitfaden](#) | [Transparenz](#)

- Registernummer des EU-Transparenzregisters: 15423437054-40
- Der VCI ist unter der Registernummer R000476 im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung registriert.

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) vertritt die Interessen von rund 1.900 Unternehmen aus der chemisch-pharmazeutischen Industrie und chemienaher Wirtschaftszweige gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. 2021 setzten die Mitgliedsunternehmen des VCI rund 220 Milliarden Euro um und beschäftigten mehr als 530.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

³ Agora Industrie (2022), Seite 33-34.

⁴ Vgl. hierzu das vom BMWK geförderte Projekt „Chemistry4Climate“; Abschlussbericht – Seite 92/93.

<https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/broschueren-und-faltblaetter/final-c4c-broschure-langfassung.pdf>.